

Tarifrunden 2008

im Geist der Arbeiteroffensive führen

Der Kapitalismus gehört an den Pranger

Für fast 5 Millionen Beschäftigte in Deutschland sind im Frühjahr Tarifverträge gekündigt oder offen. Alleine in der **Stahlindustrie** und im **öffentlichen Dienst** haben sich in den letzten Wochen über 130.000 Beschäftigte an Warnstreiks und anderen Aktionen beteiligt. Die Tarifrunden im **Bergbau** und in der **Chemieindustrie** laufen an. Im **Einzelhandel** gab es von April 2007 bis Anfang 2008 Warnstreiks und Demonstrationen an denen sich 101 Betriebe mit insgesamt 499 Streiktagen beteiligten.

Das Motiv, sich an Warnstreiks zu beteiligen, geht weit über Lohnforderungen hinaus. Die unerträgliche Arbeitshetze wegen Unterbesetzung, Ausdehnung der Arbeitszeiten, Lohndrückerei in Folge der Hartzgesetze und verstärktem Einsatz von Leiharbeit, die Folgen der Privatisierung im öffentlichen Dienst, die Rente mit 67 – das alles hat Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse der Arbeiter und ihrer Familien. Hier sind viele Rechnungen offen. Und immer stärker rückt die grundsätzliche Debatte der Kritik am Kapitalismus und der Suche nach einer gesellschaftlichen Alternative ins Zentrum. Eine gute Ausgangslage, um gemeinsam und offensiv zu kämpfen.

Regierung und Konzernchefs sind in der Defensive. In Hessen und Niedersachsen haben die Regierungsparteien drastisch Stimmen verloren. Spitzenmanager wie Klaus Zumwinkel bunkern Millionen Euro an der Steuer vorbei in Liechtenstein. Die Bundesregierung macht für die IKB-Bank in einer Nacht mal eben 1,5 Milliarden Euro locker und schiebt Konzernen wie Nokia zig Millionen an Subventionen zu. Gleichzeitig

wird den Kollegen des öffentlichen Dienstes ein „Angebot“ gemacht, das bei einer Laufzeit von 24 Monaten und verbunden mit Arbeitszeitverlängerung auf 40 Stunden auf eine Nullrunde über Jahre hinausläuft.



In der Stahlindustrie soll der Abschluss bei 5,2 Prozent liegen – für 14 Monate, dazu eine Einmalzahlung von 200 Euro für Februar sowie eine Erhöhung der Ausbildungsvergütung von 70 Euro. Das wäre der höchste Abschluss in der Stahlindustrie seit 15 Jahren. „Bei der derzeitigen Vollausslastung der Betriebe hätte ein Streik verheerende volkswirtschaftliche Folgen gehabt.“ So Helmut Koch, Verhandlungsführer der Stahlkapitalisten. Es zeigt vor allem die nackte Angst der Stahl-Bosse. Sie wollten unter allen Umständen einen flächendeckenden Streik vermeiden, der auf die gesamte stahlverarbeitende Industrie übergegriffen und nach kurzer Zeit weite Teile stillgelegt hätte. Das Knieschlottern vor dem Streik zeigt doch nur, welche Trümpfe wir im Kampf ausspielen können. Im gemeinsamen Kampf über die Branchen hinweg kann die Arbeiterklasse ihre Kraft erkennen.

Dass die IGM-Führung sich auf einen Abschluss einlassen will, ohne die gewerkschaftliche Kampfkraft voll eingesetzt zu haben, macht offensichtlich, dass ihnen die Verbundenheit mit diesem kapitalistischen System und der Regierungsbeteiligung der SPD wichtiger ist als die Arbeiterinteressen.

In die Arbeiteroffensive zu gehen bedeutet:

- Über die Branchengrenzen hinweg gemeinsam in die Offensive gehen. Breite Diskussion und demokratische Abstimmung unter den Gewerkschaftsmitgliedern in der Stahlindustrie.

- Die Bevölkerung breit einbeziehen und mit dem Kampf gegen

die arbeiterfeindlichen und volksfeindlichen Gesetze der Regierung verbinden. Weg mit Hartz IV und der Rente mit 67!

- Nicht nur die Verlängerung der Arbeitszeit durch die „öffentlichen Dienstherrn“ abwehren, sondern mit der Forderung nach der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich in die Offensive gehen.

- Die Hinhaltetaktik durchkreuzen – Urabstimmung und Vollstreik. Die Initiative ergreifen, für den vollen Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfkraft. Offensive Kampfführung ohne „Vorwarnung“, mit optimaler Wirkung.

- Sich das Recht auf Streik nehmen und damit verbinden, ein vollständiges und allseitiges gesetzliches Streikrecht zu erkämpfen. Einbeziehung von Beamten, Jugendlichen. Das bedeutet auch, gegebenenfalls

den gewerkschaftlichen Rahmen zu durchbrechen und zu selbständigen Kämpfen überzugehen.

- Nicht wir sind auf die Herrschenden, sondern diese auf uns angewiesen. Das Selbstvertrauen entwickeln, dass die Perspektive der Menschheit in einer Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung, dem echten Sozialismus, liegt.
- Sich besser organisieren. Wer noch nicht Mitglied ist, sollte sich jetzt gewerkschaftlich organisieren und für Gewerkschaften als Kampforganisationen eintreten. Um die Arbeiteroffensive voranzutreiben, muss der Kampf um Tagesforderungen offensiv geführt, müssen Einzelkämpfe zu Massenkämpfen



zusammengefasst und auch zu selbständigen Kämpfen für wirtschaftliche und politische Forderungen höher entwickelt werden. Dazu braucht die Arbeiterschaft eine revolutionäre Arbeiterpartei. Stärkt die MLPD!

Das Märchen vom „fairen Lohn“

Das jetzt vorliegende Verhandlungsergebnis bei Stahl wird von der rechten Gewerkschaftsspitze als „fairer und gerechter Anteil“ verkauft. Einen „fairen Lohn“ kann es aber im Kapitalismus niemals geben. Die Arbeiter erarbeiten den gesamten Reichtum, während die Kapitalisten von der Ausbeutung dieser Arbeitskraft leben. In der deutschen Stahlindustrie hat sich der Umsatz pro Beschäftigten seit dem Jahr 2000 mehr als verdoppelt von 252.857 Euro auf 557.951 Euro im Jahr 2007. Der Lohnanteil am Umsatz in der Stahl-

industrie liegt bei gerade noch 9 Prozent. Das heißt, ein Stahlarbeiter hat nach 5,4 Minuten den Gegenwert seines Stundenlohnes erarbeitet. Die restlichen 54,6 Minuten der Stunde arbeitet er unentgeltlich für den Kapitalisten.

An diesem Ausbeutungsverhältnis ändert keine noch so große Lohn-erhöhung etwas. Deshalb hat Karl Marx herausgearbeitet: *„Nach ... gerechter Entlohnung auf Basis des Lohnsystems rufen ist dasselbe, wie auf Basis des Systems der Sklaverei nach Freiheit rufen.“*

Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse – IGM-Vorstand hat noch Hausaufgaben

Ein wichtiges Anliegen des 21. Gewerkschaftstags der IG Metall im November 2007 war die Forderung nach Abschaffung der so genannten „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ gegen die MLPD. Dazu gab es Anträge aus Berlin, Dortmund, Esslingen und Chemnitz. Die „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ sind ein undemokratisches und antikommunistisches Relikt aus dem vergangenen Jahrhundert, nach denen Mitglieder der MLPD nicht Mitglied der IG Metall sein dürfen. Eine solche Ausgrenzung schwächt die Gewerkschaften. Sie müssen überparteilich sein und offen für den Sozialismus als Alternative zum kapitalistischen Ausbeutersystem. Sozialdemokraten, Marxisten-Leninisten, Christen, Parteilose müssen in einer Gewerkschaft über weltanschauliche Grenzen hinweg zusammenarbeiten – nur organisiert ist die Arbeiterbewegung stark. Auf dem Gewerkschaftstag forderten am 10. November 40 Prozent der Delegierten, die Beschlüsse gegen die MLPD sofort abzuschaffen. Der Rest forderte den Vorstand auf, die Anträge zu behandeln, überwiegend ebenfalls mit der Intention, die „Unvereinbarkeit“ zu beseitigen. So oder so hat sich die große Mehrheit des Gewerkschaftstags gegen die „Unvereinbarkeit“ ausgesprochen. Höchste Zeit, dass der Vorstand seine Hausaufgaben macht.

Nokia: Jetzt ist Schluss – Streik, bis die Stilllegung vom Tisch ist! – lautet die Losung der neuen Kollegenzeitung

Die Reise der Nokia-Betriebsräte am 12. 2. 08 nach Finnland und ihr Angebot zur Weiterführung der Produktion in Bochum durch freiwillige Verdoppelung der Arbeitsproduktivität sind gescheitert. Mit Verzicht der Arbeiter und Co-Management kann man den Nokia-bossen nicht beikommen, für die nur eines gilt: Maximalprofit! In vielen Werken Deutschlands schütteln die klassenbewussten Arbeiter nur den Kopf und fragen sich, warum bei Nokia nicht so wie in Rheinhausen vor 20 Jahren oder bei Opel Bochum im Jahre 2004 gekämpft wird, bis die Nokia-Chefs

ihre Pläne zurückziehen! Die Betriebsratsspitze und die Führung der IG Metall tun alles, um einen solchen Schritt der Belegschaft zu verhindern! Wann in der Geschichte haben sich Konzernchefs damit erweichen lassen, dass man vor ihnen auf Knien bittet, seinen freiwilligen Lohnverzicht anbietet, beteuert, dass man zuverlässig arbeitet, egal, wie man getreten wird?

Die MLPD hat von Anfang an den Nokia-Kollegen vorgeschlagen, dass ein selbständiger Streik die erfolg-



reiche Methode in solch einem Kampf ist. Um zu verhindern, dass die 4.500 Arbeitsplätze für den Profit geopfert werden, müssen wir es lernen, auch harte Kampfmaßnahmen selbständig zu organisieren!

Zumwinkel und die „anständigen Manager“

Der Vorzeige-Sauber-
mann aus
der Chefeta-
ge der Deut-
schen Post
AG, Klaus
Zumwinkel,
Jahresein-
kommen 2,9
Millionen
Euro, muss-
te wegen il-
legaler
Steuerhin-
terziehun-
gen seinen



Rücktritt erklären. Die Profitgier der Zumwinkel und Co. zeugt von derselben verkommenen Moral, mit der diese Repräsentanten des herrschenden Monopolkapitals rücksichtslos Tausende von Arbeitsplätzen vernichten. Voller Sorge um das Ansehen des Kapitalismus geht da ein heuchlerischer Aufschrei durch die Massenmedien: Bei der „Kunst des Geldvermehrers“ müsse man „ein anständiger Mensch bleiben“. Und von „ehrenwerten Managern“ wird da schwadroniert, „deren Handeln sich **auch** am Allgemeinwohl orientiert“ (WAZ v. 15. u. 18. 2. 08). Und was bitteschön sind „anständige Manager“? Diejenigen, die uns in voller Übereinstimmung mit kapitalistischem Gesetz und Ordnung ausplündern? Die im Auftrag der Großaktionäre eine Strategie der radikalen Steuervermeidung fahren? – wohlgermerkt unter „anständiger“ Ausnutzung der zahlreichen „Steuerreformen“, die die Bundesregierungen von Kohl über Schröder bis Merkel zur steuerlichen Entlastung der Großkonzerne durchgeführt haben. Es ist höchste Zeit, das kapitalistische System und die Existenzberechtigung dieser

selbstherrlichen Minderheit von Monopolkapitalisten infrage zu stellen, die sich den Staat vollständig untergeordnet haben und mit ihm verschmolzen sind. **Das Profitsystem und das Allgemeinwohl sind wie Feuer und Wasser.** Das deckte bereits Karl Marx mit dem Gesetz der Akkumulation des Kapitals auf, welches durch Aneignung fremder Arbeit unermesslichen Reichtum auf der einen Seite und wachsendes Elend auf der anderen Seite schafft. Mit diesem Grundübel muss aufgeräumt und die Produktionsmittel müssen in das Gemeineigentum der Arbeiter und Angestellten überführt werden. Um den erwirtschafteten Reichtum im Interesse der ganzen Gesellschaft einsetzen zu können, muss die Arbeiterklasse die politische Macht erobern, die Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus stürzen und den echten Sozialismus errichten. Im Sozialismus können und müssen die Massen eine intensive Kontrolle über die Denkweise der verantwortlichen Leitungen in Staat, Partei und Wirtschaft ausüben. Die Zumwinkel, Hartz und Ackermann sind dann Geschichte.

Kurzmeldungen

Öffentlicher Dienst: Die große Tarifkommission von Ver.di hat zum **31. 12. 07** die Entgelttabellen im TVöD gekündigt. *Bis zum 19. 2. beteiligten sich 83.650 Beschäftigte im öffentlichen Dienst von insgesamt 1,3 Millionen Beschäftigten bei Bund und Kommunen.* Die Forderungen nach 8 Prozent Tarifierhöhung und mindestens 200 Euro, 1 Jahr Laufzeit und keine Arbeitszeitverlängerung. Ver.di fordert auch einheitliche Bezahlung in Ost und West. Die Kollegen im öffentlichen Dienst haben angesichts des Reallohnverlustes über viele Jahre, den massiven Abbau von Arbeitsplätzen und fortschreitender Privatisierung und Ausgliederung ehemals öffentlicher Bereiche zu verschlechterten Bedingungen einige offene Rechnungen zu betreiben.

Bergbau: Ebenfalls zum 31. 12. 07 wurde der Tarifvertrag für die 32.000 Bergleute gekündigt. Hier hat die IG BCE keine klare Forderung aufgestellt, sondern will lediglich die „Preissteigerungsrate ausgleichen“. Dies sorgt für einigen Unmut, zumal zum Jahresbeginn 2008 schon die staatlichen Seilfahrtprämien (200 Euro brutto im Monat weniger für Kumpel unter Tage) gestrichen wurden. Am 27. 2. ist die 1. Verhandlung. Wichtig ist, dass die Kumpel an der gewerkschaftlichen Basis die Initiative ergreifen. Einige haben ausgerechnet: Nur um die gestiegenen Kosten zu decken, kämen sie auf nötige 10–15 Prozent und 150 Euro für die Azubis.

Stahl: Bis zum 19. 2. beteiligten sich über 35.000 von 108.000 Stahlarbeitern an zwei Warnstreikwellen. Sie machten deutlich: Nicht lange fackeln. Für Urabstimmung – Streik – zur Durchsetzung der 8 Prozent und 100 Euro für die Azubis. In Mülheim malten Kollegen mit Zeitvertrag die Forderung nach Festverträgen auf die roten Warnstreikwesten der IGM. Auch das gehört in die Tarifrunden.

Chemie: In der Chemie-Industrie mit rund 550.000 Kolleginnen und Kollegen hat der Vorstand der IG BCE eine Empfehlung von 6,5 bis 7 Prozent ausgesprochen. Die Forderung wird in der Tarifkommission aufgestellt, die erste Verhandlung ist am 28. 2. in Hessen, bundesweit wird ab dem 1. 4. verhandelt.

Im Einzelhandel führen die Ver.di-Kolleginnen und Kollegen schon seit über einem Jahr mutige Warnstreiks und Demonstrationen unter schwierigen Bedingungen durch. Sie geben sich mit den Angeboten von 1,7 Prozent nicht zufrieden, sondern fordern zwischen 4,5 und 6 Prozent, Mindesteinkommen von 1.500 Euro sowie den Erhalt der Zuschläge für Spät- und Nacharbeit.

Führung der Berliner „Linken“ empfiehlt: „Verhandeln statt eskalieren!“

Die Beschäftigten der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) haben Anfang Februar mit einem unangekündigten, 39-stündigen Streik einen wichtigen Schritt weg von der unseligen Klassenzusammenarbeitspolitik gemacht. Anstatt sich an reformistische Rituale einer wochenlangen Ankündigung zu halten, schlugen sie überraschend zu und erzielten Wirkung. Beifall und Glückwünsche gab es dafür von vielen kämpferischen Gewerkschaftern im ganzen Land. Kritik allerdings von Berliner Führern der „Linken“, die im Berliner Senat zusammen mit der SPD die Gegenseite des Streiks bildet. Stefan Liebich, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der „Linken“, forderte in einer Presseerklärung zum Streik: „*Verhandeln statt eskalieren!*“ Nach bewährtem reformistischen Muster versucht er, Fahrgäste („gerechte Tarifstruktur“) und Beschäftigte („nachvollziehbares Interesse nach Gehaltserhöhungen“) gegeneinander auszuspielen und fordert: Augenmaß. Als ob jemals die Fahrpreise sanken, weil die Beschäftigten verzichtet haben oder die Löhne stiegen nach Preiserhöhungen! Herzlichen Dank für dieses Lehrstück. Es gibt einen Vorgeschmack, was wir von gemeinsamen Regierungen der Linken mit der SPD auch in anderen Bundesländern zu erwarten haben.



**600 Seiten,
mit vielen Fotos
24 Euro**

zu bestellen bei:
Verlag Neuer Weg,
Alte Bottroper Str. 42,
45356 Essen
Tel.: 02 01/2 59 15
oder über den Webshop
www.people-to-people.de
und in jeder Buchhandlung
(ISBN: 978-3-88021-367-8)

MLPD – eine Partei, auf die man sich verlassen kann!

Die MLPD steht für den Weg der Arbeiteroffensive. Sie war maßgeblich am offensiven Kampf um die Arbeitsplätze in Rheinhausen 1987 beteiligt. Ihr Markenzeichen ist „Kämpfen wie bei Opel“, konzernweit und länderübergreifend. Die MLPD wurde 1982 nach gründlicher ideologisch-politischer Auseinandersetzung mit dem revisionistischen Verrat am Sozialismus in der DDR und der ehemaligen Sowjetunion unter Chruschtschow gegründet. Aktuell bereitet die Partei ihren VIII. Parteitag vor. Alle Mitglieder sind einbezogen und diskutieren den Rechenschaftsberichtsentswurf des Zentralkomitees. Die MLPD verwirklicht dabei eine in Deutschland beispiellose demokratische Willensbildung über den Kurs der Partei. Nur wer die Zustimmung seines Kreis- oder Ortsverbandes hat, kann für das Zentral-

komitee kandidieren. Die Wahlen auf dem Parteitag finden geheim statt. Die Beschlüsse des Parteitags wiederum gelten gleichermaßen für die Parteiführung und die Basis. Deshalb ist die MLPD eine schlagkräftige Organisation. Sie ist eine wirkliche Arbeiterpartei. 70 Prozent ihrer Mitglieder sind Arbeiter und Angestellte und 80 Prozent in den Gewerkschaften organisiert. Der Frauenanteil liegt bei 40 Prozent. Die MLPD ist heute in über 400 Städten in Deutschland präsent. Der Mitgliedsbeitrag richtet sich nach dem Einkommen und liegt zwischen 2 und 20 Euro im Monat. Die MLPD braucht viele neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Wer gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus kämpfen will, der ist bei der MLPD genau richtig.

Rote Fahne NEWS immer aktuell www.rf-news.de

MLPD – die revolutionäre Arbeiterpartei in Deutschland

Ich möchte:

<input type="radio"/> Mitglied werden in der MLPD	<input type="radio"/> ein persönliches Gespräch
<input type="radio"/> Mitglied werden im Jugendverband REBELL	<input type="radio"/> das Parteiprogramm der MLPD (2,00 €)
<input type="radio"/> in einer Initiativgruppe für den Parteaufbau der MLPD mitmachen	<input type="radio"/> ein kostenloses vierwöchiges Probeabonnement der „Roten Fahne“
<input type="radio"/> Dauerspender der MLPD werden	<input type="radio"/> informiert werden über

Bitte mit Absender einsenden an: Verlag Neuer Weg, Alte Bottroper Straße 42, 45356 Essen, Tel.: 02 01/2 59 15, Web-Shop: www.neuerweg.de
Eine Abbestellung soll vier Wochen vor Ende des Zahlungszeitraums erfolgen.

